



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und
Sicherheit

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiter: Herr Baldus

E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 10.03.2022

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung

des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit

am Dienstag, 15. März 2022, um 17:00 Uhr,

Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS:

Es wird dringend empfohlen, während der Sitzung einen FFP-2-Mund-Nase-Schutz zu tragen.

Es wird dringend empfohlen, dass jede/r Teilnehmer/in am Sitzungstag einen Corona-Test
(auch einen Selbsttest) durchgeführt hat.

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 30.11.2021

2. 21-V-11-2012

DL 01/22-6

Bericht zum Frauenförderplan 2014-2019

ANLAGE: Beschluss Nr. 0011 des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen vom
02.02.2022

3. 21-F-64-0008

Sachstandsbericht zur Umsetzung der kostenlosen Menstruationsprodukte an Schulen
- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und die Linke vom 24.11.2021 -

4. 22-F-65-0001

No Stalk App Weisser Ring
-Antrag der Fraktionen CDU, FDP, BLW/ULW/BIG vom 19.01.2022-

Die WEISSE RING Stiftung hat die App „NO STALK“ entwickelt, mithilfe derer Betroffene von Stalking die Handlungen des Täters mit dem Smartphone beweiskräftig sichern und dokumentieren können (Fotos, Videos, WhatsApp, Sprachnachrichten). Die so gesammelten Beweismittel werden wie in einem Tagebuch gesammelt - auf einem geschützten Server in Deutschland. Die gesammelten Beweise können nur über die Website www.nostalk.de mit einem persönlichen Code entschlüsselt und dann den Justizbehörden sowie der Polizei zur Verfügung gestellt werden.

Die lückenlose Dokumentation der Stalking-Vorfälle dient als Voraussetzung für die Einleitung rechtlicher Schritte: Damit Täter erfolgreich überführt werden können, brauchen Betroffene handfeste Beweise. Stalking ist eine Straftat, was selbst viele Betroffene nicht wissen. Sie sind oftmals auf sich allein gestellt und unsicher, wie sie gegen ihre Peiniger vorgehen sollen. Stalking kann jeden treffen, doch sind Frauen signifikant häufiger betroffen als Männer. Sie werden vier bis fünf Mal häufiger zu Opfern, als Männer¹.

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

Vertreter des Weissen Rings Wiesbaden e.V. in eine der nächsten Ausschusssitzungen für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit einzuladen, um die App „No Stalk“ vorzustellen.

5. 22-F-05-0001

Schwangerschaftskonfliktberatung - Anpassungen der Homepage Wiesbaden.de
-Antrag der Fraktion FDP vom 19.01.2022-

Auf Bundesebene wurde im Ampel-Koalitionsvertrag zwischen FDP, SPD und Grünen die Streichung des Paragraphen 219a StGB vereinbart. Damit soll das „Werbeverbot“ für Schwangerschaftsabbrüche aufgehoben werden. Diese Errungenschaft stärkt entscheidend das Selbstbestimmungsrecht von Frauen über ihren eigenen Körper.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat sich vorgenommen, Menschen, die in Konfliktsituationen stecken, durch umfassende Informationen über bestehende Beratungsangebote zu unterstützen. Dazu gehört auch die Schwangerschaftskonfliktberatung. Das derzeitige Informationsangebot der LHW ist jedoch ausbaufähig. Es fehlt sowohl an neutralen Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen, als auch an Verweisen auf Arztpraxen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Die Hansestadt Hamburg geht mit gutem Beispiel voran und stellt schon heute sowohl Informationen über Schwangerschaftsabbrüche sowie eine Liste der Arztpraxen, die diese durchführen können online zur Verfügung (vgl. Stadtportal Hamburg).

¹ <https://cdn.statcdn.com/Infographic/images/normal/5233.jpeg>

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, in Abstimmung mit der Frauenbeauftragten, den Beratungsstellen und der Ärztekammer unter der Rubrik „Gesundheit“ den Unterpunkt „Schwangerschaftsabbruchberatung“ hinzuzufügen. Dieser sollte beinhalten:

- 1) Allgemeine Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen
- 2) Informationen zu Voraussetzungen für einen Abbruch
- 3) Informationen über mögliche Methoden, die zum Schwangerschaftsabbruch führen
- 4) eine Auflistung von Arztpraxen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen

6. 22-F-69-0007

Gewalt gegen ältere Frauen in Partnerschaften

-Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 19.01.2022-

Bisherige wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass Gewalt in Partnerschaften im Alter (60+) nicht aufhört bzw. auf Grund verschiedener Faktoren zum Teil auch erstmalig von den Tätern ausgeübt wird. Laut des Deutschen Instituts für Konfliktforschung ist hier sogar ein Anstieg der Fallzahlen in den letzten 10 Jahren zu verzeichnen.

Besonders betroffen sind Frauen, die in Partnerschaften alle Formen von Gewalt (psychische, körperliche, sexuelle, finanzielle) auch im Alter erleiden. Hier begann die Gewalt meist früh in der Beziehung, hat dann kontinuierlich zu- und dann im Alter nicht abgenommen.

Studien zeigen, dass die Gewalt bei Lebensereignissen (wie Pensionierung oder Arbeitslosigkeit) im Verlauf eher noch zugenommen hat. Das besondere Problem bei älteren Frauen ist, dass sie mit zunehmendem Alter nicht nur ökonomisch abhängig geworden sind, sondern als Gründe für ihren Verbleib in Gewaltbeziehungen oftmals Kinder/Enkel angeben sowie die Tatsache, dass ihnen gesellschaftliche Konventionen im Sinne eines Schamgefühls besonders zusetzen. Zusätzlich weisen ältere Frauen eine geringere Gewaltsensibilität und oftmals weniger körperliche Kraft auf. Dazu kommt, dass gerade Ältere bislang nur schwer Zugang zu den bestehenden Hilfe- und Unterstützungssystemen finden oder von diesen kaum erreicht werden.

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Welche Unterstützung es von städtischer Seite gibt, explizit gewaltbetroffenen älteren Menschen in Wiesbaden in Akutsituationen zu helfen (rasche Existenzsicherung, Wohnmöglichkeiten, Ressourcen für Einrichtungen)
2. Inwieweit es für sinnvoll erachtet wird, ein Konzept für eine innovative, zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit sowie
3. eine interinstitutionelle Kooperation zur Thematik in Wiesbaden zu initiieren, wie dies vor einigen Jahren modellhaft auch im benachbarten Rheingau-Taunus-Kreis umgesetzt wurde². Dies müsste mit dem Ziel geschehen, die Bereitschaft zu fördern, der Gewalt explizit gegenüber älteren Frauen in Partnerschaften präventiv und interventiv entgegenzutreten.

7. 22-F-69-0016

² [Gewalt in Partnerschaften älterer Menschen \(gffz.de\)](http://gffz.de) sowie [BMFSFJ - Gewalt gegen Frauen in Partnerschaften](#)

Gewalt gegen Wiesbadener Polizisten

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 09.03.2022 -

Die Gewalt gegen Polizisten in Wiesbaden ist im vergangenen Jahr wieder deutlich gestiegen. 2021 ist hier ein Höchststand festgestellt worden, bestehend aus Widerstandshandlungen sowie tätlichen Angriffen gegen Polizistinnen und Polizisten.

Insgesamt wurden in Wiesbaden 215 Polizeibeamte Opfer von Straftaten. Hierbei fand die Hälfte der Fälle im öffentlichen Raum statt, beispielsweise bei Festnahmen oder bei Nichtbefolgen eines Platzverweises. Zuletzt wurde Mitte Februar ein Stadtpolizist bei einer präventiven Kontrolle angegriffen und schwer verletzt, seine Kollegen wurden mit Gegenständen beworfen. Landesweit lassen sich im Jahr 2021 4000 Angriffe gegen hessische Einsatzkräfte verzeichnen, was angesichts der Tatsache, dass bereits 2020 wegen der Corona-Pandemie größere Volksfeste ausfielen oder Gaststätten monatelang geschlossen bleiben mussten, ein enorm hoher Wert ist³.

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:
Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie er die oben genannte Entwicklung beurteilt und welche Gründe er in dieser Entwicklung sieht;
2. welche Maßnahmen er zum aktuellen Stand gegen diese Entwicklung einleiten kann und
3. ob er es für nötig erachtet, vermehrte bzw. neue Schutzmaßnahmen zu ergreifen und wenn ja, welche.

8. 22-F-10-0006

Sicherheit aller Anwohner und allgemeine Zustände im Bereich Lutherstraße/Rheingaustraße
- Antrag der AfD-Fraktion vom 09.03.2022 -

Wie uns aus Anwohnerkreisen zugetragen wurde, kommt es vermehrt zu Beschwerden in den Bereichen Lutherstraße und Rheingaustraße. Der Betrieb von Bars und Kneipen im Bereich Lutherstraße/Rheingaustraße geht einher mit nächtlichen Ruhestörungen, wie lautstarkem Gegröle, aufheulenden Motoren und lauter Musik. Bisher beschränkte sich dies auf die Sommermonate. Nach der Eröffnung der Cocktail- und Eventbar „Blends“ ziehen sich diese Störungen nun auch durch die Wintermonate.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit wolle beschließen,

I. die Nachtbürgermeister zeitnah zur einer Ausschusssitzung einzuladen, um zu folgenden Punkten zu berichten:

1. Wie viele Beschwerden von Anwohnern im Zusammenhang mit dem Nachtleben im Bereich Lutherstraße/Rheingaustraße sind insgesamt im Jahr 2021 und den beiden Monaten Januar und Februar 2022 eingegangen?
2. Wie viele der Beschwerden bezogen sich auf Geschehnisse im Umfeld der Bar „Blends“?
3. Welches sind die meistgenannten Gründe für Beschwerden der Anwohner im Bereich Lutherstraße/Rheingaustraße allgemein?

³ [Innere Sicherheit - Wiesbaden - Mehr als 4000 Angriffe gegen hessische Einsatzkräfte in 2021 - Politik - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](https://www.sueddeutsche.de/politik/wiesbaden-innere-sicherheit-mehr-als-4000-angriffe-gegen-hessische-einsatzkraefte-in-2021-1.5000000); [Nach Angriff auf Stadtpolizisten: Einsatzkräfte mit Gegenständen beworfen \(merkurist.de\)](https://www.merkurist.de/nach-angriff-auf-stadtpolizisten-einsatzkraefte-mit-gegenstaenden-beworfen); [Wiesbadenaktuell: „Angriffe auf Stadtpolizisten sind nicht zu tolerieren“; Gewalt gegen Polizisten in Wiesbaden drastisch gestiegen \(wiesbadener-kurier.de\)](https://www.wiesbadenaktuell.de/wiesbadenaktuell-angriffe-auf-stadtpolizisten-sind-nicht-zu-tolerieren)

4. Welches sind die meistgenannten Gründe für Beschwerden der Anwohner im Zusammenhang mit der Bar „Blends“?
5. Wie viele vermittelnde Gespräche zwischen Anwohnern und Restaurant- bzw. Bar- und Kneipenbetreibern im Bereich um die Lutherstraße/Rheingaustraße wurden von den Nachtbürgermeistern bisher geführt und mit welchem Ergebnis?

II. Der Magistrat möge berichten,

1. Wie viele Straftaten im Zusammenhang mit dem Nachtleben im Bereich Lutherstraße/Rheingaustraße wurden im Jahr 2021 insgesamt zur Anzeige gebracht?
2. Welches waren die häufigsten Delikte?
3. Welche Lösungen sind geplant, um die Anwohner im Bereich Lutherstraße/Rheingaustraße zu entlasten?
4. Werden die Bereiche um die Lutherstraße/Rheingaustraße regelmäßig in den Abend- und Nachtstunden kontrolliert? Falls ja, von wem (Stadtpolizei und/oder Landespolizei) und wie oft?

9. 21-F-14-0006

Mindestfrauenanteil im Aufsichtsrat der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH 2021-2026
- Antrag der Fraktion Volt vom 27.10.2021 -

ANLAGE: Bericht von Dezernat I vom 18.01.2022

10. 21-A-78-0001

Aktueller Berichtaus dem kommunalen Frauenreferat

11. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 22-V-20-0007

DL 06/22-12

Investitionscontrolling 2021 zum Stichtag 3. Januar 2022

2. 21-V-31-0017

DL 01/22-10

AG "Sicheres Westend"-Jahresbericht 2021

3. 21-F-20-0024

Zivilalarm in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 07.09.2021 -

ANLAGE: Bericht von Dezernat I vom 18.11.2021

4. 21-F-55-0041

Berichterstattungen des Präventionsrats für 2019 und 2020 stehen aus

- Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 27.10.2021 -

ANLAGE: Bericht von Dezernat II vom 16.12.2021

5. 21-F-63-0019

Aktuelle Situation am Warmen Damm (Schillerdenkmal)

- Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 02.11.2021 -

ANLAGE: Bericht von Dezernat II vom 14.02.2021

6. 21-F-79-0001

Versenkbare Poller in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen CDU, Volt, BLW/ULW/BIG vom 08.09.2021 -

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 14.11.2021

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Coigné

Vorsitzende